Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
7 (1893)

214 (27.10.1893)

urn:nbn:de:gbv:45:1-227079

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Inserate die viergespaltene Zeile 10 ₰ bei Wiederholungen Rabatt. Postzeitungsliste Nr. 4757.

Organ für Vertretung der Interessen des werkthätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolfstraße Nr. 1.

Abonnement bei Vorausbezahlung frei in's Haus: vierteljährlich . . . 2,10 ℳ, für 2 Monate . . . 1,40 „, für 1 Monat . . . 0,70 „, excl. Postbestellgeld.

Inseraten-Annahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 214. Bant, Freitag den 27. Oktober 1893. 7. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Fortsetzung der Sitzung vom 24. Oktober.)

Auer führt in seinem Schlußworte zum 1. Punkte weiter aus, daß Liebknecht vom 12 Monaten fünf Monate im Jahre nicht Redakteur des „Vorwärts" sei. Gerade Schönlank, der hier die Frage angeschnitten hat, trägt die Hauptschuld an den Mißlichkeiten. Wir glaubten in ihm den leitenden Redakteur gefunden zu haben, den wir brauchten. Wir haben ihn mit aufgehobenen Händen gebeten, kein Reichstagsmandat anzunehmen; er hat es doch gethan. Sachlich bestehen keine Meinungsverschiedenheiten, diese haben in persönlichen Dingen ihren Grund. Wir sind nicht so schlechte Geschäftsleute, daß wir nicht wüßten, jeder Groschen, den wir zur Verbesserung des Inhalts des „Vorwärts" anwenden, trägt uns Wucherzinsen ein. Wir sitzen nicht auf dem Geldsacke, wie ein alter Geizhals, und zahlen Gehälter für die Redaktion, wie sie wo anders unerhört sind. Gewiß, in der bürgerlichen Presse werden noch höhere Gehälter gezahlt, aber wir dürfen nicht immer nach dieser Seite sehen, sondern müssen daran denken, daß wir eine sozialdemokratische Partei sind, in der sehr viele recht tüchtige und brave Parteigenossen noch mit 25 Mk. pro Woche bezahlt werden. Ich erinnere an die Aeußerung von Hoffmann-Zeitz: er wolle lieber Hausknecht im „Vorwärts", als Redakteur an einem Provinzblatte sein. Schönlank durfte uns hier nicht „Geizkläppel" nennen. Den Tropfen jüdischen Blutes hat der Parteivorstand in seiner Mitte, daß er weiß, wie Geld anzulegen ist. (Große Heiterkeit.) Die Debatte über den „Vorwärts" hat uns nicht geschadet, aber es ist bedauerlich, daß gerade derjenige, der uns helfen sollte, Ordnung zu schaffen, und doch von uns fortgegangen ist, hier als erster Angreifer aufgetreten ist. Der Redner geht hierauf kurz auf die zu den ersten drei Punkten der Tagesordnung gestellten Anträge ein, die er in der Mehrzahl als unannehmbar bezeichnet. Er schließt unter lebhaftem Beifall der Delegirten.

Nachdem noch Meister im Namen der Kontrolleure um Decharge-Ertheilung für den Vorstand und Parteikassirer gebeten hat und diese ertheilt ist, erfolgt die Abstimmung über die einzelnen Anträge.

Ein Antrag der Parteigenossen des 4. Berliner und des Teltow-Beeskower Wahlkreises

„Die alljährlich beim „Vorwärts" erzielten großen Ueberschüsse künftig zum Theil zur Bereicherung des Inhalts, insbesondere durch Verstärkung der Redaktionspersonals zu verwenden, damit der „Vorwärts" seiner Aufgabe, der Partei als Agitationsmittel und den sozialdemokratischen Provinzialpressen als Materialquelle zu dienen, in besserer Weise genügen kann, als das bisher möglich war" — wird angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die das Zentralwochenblatt betreffenden Anträge. Als der prägnanteste kommt der folgende zuerst an die Reihe:

„Der Parteitag beschließt die Gründung eines wöchentlich erscheinenden offiziellen Parteiorganes, welches einen Ueberblick in dem jedesmaligen politischen Fortschritte in der Partei, übersichtliche und wissenschaftliche Artikel und die wichtigsten Korrespondenzen vom In- und Auslande bringt. Im Interesse der deutschen Genossen im Auslande ist das Erscheinen des Blattes absolut nöthig."

Es wird namentliche Abstimmung beliebt und der Antrag mit 134 gegen 66 Stimmen angenommen. Alle anderen auf das Zentralwochenblatt bezügl. Anträge werden hiermit für erledigt gehalten.

Ein Antrag der Meyer Parteigenossen:

„alljährlich mindestens ein Flugblatt herauszugeben, evtl. die Mittel dazu zu bewilligen; dieses Flugblatt muß in deutscher und französischer Sprache gedruckt werden, da nahezu zwei Drittel der Bevölkerung nur französisch spricht"

wird mit großer Majorität angenommen.

Ein Antrag, den Parteivorstand aufzufordern, für eine gute Jugendliteratur Sorge zu tragen, wird fast einstimmig angenommen.

Ein Antrag auf Gründung eines selbstständigen Parteiblattes in Köln wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso ein Antrag auf Bewilligung von Mitteln, die ein tägliches Erscheinen der „Elf.-Lothr. Volkszeitung" ermöglichen.

Ein Antrag, in der Parteipresse die Fremdwörter möglichst zu vermeiden, wird angenommen, dagegen der Antrag Egger-Altona, für die Redakteure der Parteiblätter und die Parteijournalisten eine Maximalgrenze für die Gehälter festzusetzen, wird abgelehnt.

Ein Antrag der Genossen Berlin I

„Die politisch wie gewerkschaftlich organisirten Genossen müssen sich völlig der Agitation widmen und nicht durch Zugehörigkeit zu Landsmannschaften oder Mitgliedschaften sogen. Vergnügungsvereine, Klubs 2c. ihre Parteipflicht vernachlässigen"

wird angenommen.

Schließlich findet noch der folgende Antrag Annahme:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in die ultramontanen Wahlkreise Rheinlands und Westfalens einige befähigte Redner, die insbesondere das Wesen des Zentrums und des Katholizismus genau kennen, zu entsenden."

Eine große Anzahl Anträge wird abgelehnt, da sie entweder nicht ausführbar oder von zu kleinlichen Rücksichten diktirt sind.

Schluß der Sitzung 6¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Bant, den 26. Oktober.

—* Das Miquel'sche Steuerbouquet wird unablässig in der Presse aller Parteien zerpflückt, aber immer neue duftige Blüthen winden die offiziösen Blätter hinein. Tabak, Wein, Börse werden der Reihe nach aufgezählt, aber kein offiziöses Organ erwähnt der Liebesgabe für die Branntweinbrenner, deren Aufhebung allein die Reichseinnahmen um 40 Millionen Mark erhöhen würde, ohne daß der arme Mann einen Pfennig heizusteuern hätte. Die einzige Steuer, die Aussicht auf Annahme hätte — vorausgesetzt, daß die Nothwendigkeit einer Steuererhöhung vorher nachgewiesen würde — ist die Börsensteuer. Es handelt sich nach den vorläufigen Bekanntgebungen dabei um eine Verdoppelung des bisherigen Satzes, wodurch eine Mehreinnahme von etwa 13 Millionen sich erzielen ließe. Gleichzeitig wäre aber auch eine Abänderung des Veranlagungsverfahrens erforderlich, da die bisherige Praxis außergewöhnlich schwankende Beträge ergeben hat. Als Mitte der 80er Jahre die Börsensteuer zuerst eingeführt wurde, schätzte man das Ergebniß derselben auf jährlich 30 Millionen Mark. Eine solche Höhe ist nie erreicht worden. Im Jahre 1889/90 belief sich das Ergebniß auf 24 100 000 Mk. Das war das höchste, was erzielt wurde. In den beiden folgenden Jahren fiel es auf 18 300 000 und 15 200 000 Mk. Irgend eine Veränderung der Veranlagung ist also erforderlich, um eine größere Gleichmäßigkeit der Resultate zu erreichen. Für die Sozialdemokratie, welche einer Börsensteuer an sich sympathisch gegenübersteht, würde die Erhöhung natürlich nur dann annehmbar sein, wenn andere drückende Steuern, wie die Salzsteuer, beseitigt würden.

—* Für die Weinsteuer ist ein ganz eigenartiges Verfahren geplant. Man will nämlich die billigen Weine verschonen und nur die theuren treffen. Da hat denn der preußische Finanzminister vorgeschlagen, daß nur solcher Wein versteuert werden soll, der im Großhandel mit mehr als 50 Mk. das Hektoliter bezahlt wird, während die süddeutschen Minister nur Wein, der mehr als 100 Mk. das Hektoliter kostet, besteuern wollen. Miquel hofft, mit seinem Plane etwa 10 Millionen Mark herauszuschlagen, während bei dem anderen Verfahren offenbar weit weniger herauskommen würde. Zu einer unerträglichen Belästigung des Publikums würde beide Methoden führen. Der Weinhändler würde die Scherereien durchzumachen und der Konsument die Kosten zu tragen haben. Außerdem würde der Steuerdefraudation Thür und Thor geöffnet, da es leicht wäre, durch fiktive Fakturen der Steuer zu entgehen. Nun, vielleicht hätte diese geniale Steuer, wenn sie zur Anwendung käme, den nützlichen Erfolg, den Weinwirthen und Weintrinkern in Süddeutschland, wo der Wein Volkskonsumartikel ist, den richtigen Geschmack für die Segnungen des Militärstaates beizubringen.

— Der „Patriotismus" unserer Junker, wie der Besitzenden überhaupt, schlägt zwar gewaltige Wogen — in Worten; wo aber ihr materielles Interesse in Frage kommt, da versagt die „patriotische" Opferwilligkeit gar bald. Für die Militärvorlage waren sie Feuer und Flamme, aber jetzt, wo es an's Berappen geht, sind die Herren nicht zu Hause. Da bezeugen sie ihren „Patriotismus" dadurch, daß sie sich in der Entsagung — beim Bezahlen üben und diesen „Segen" mit vollster Herzensfreudigkeit den so schon darbenden Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern, d. h. der Masse der Konsumenten, überlassen. Wie für die Militärvorlage, so begeisterten sie sich auch für die Germanisirung der Polen. Aber auch hier scheitert ihr „patriotischer" Eifer an ihrem materiellen Interesse. Um sich billige Arbeitskräfte zu erhalten, plant das Junkerthum schon lange eine Beschneidung der Freizügigkeit. Die Landarbeiter sollen nicht mehr so leicht sich dem drückenden Joch der Grundmagnaten entziehen können, sondern durch polizeiliche Beschränkungen in der Heimath festgehalten werden, damit sie billige und willige Arbeitskräfte für die Grundherren abgeben und nicht murren lernen über schlechte Kost, elende Wohnung und miserable Hungerlöhne. Nun kommt ihnen aber eine amtliche Feststellung in die Quere, die dahin geht, daß die Freizügigkeit am allermeisten dazu beiträgt, daß die zum Deutschen Reiche gehörenden fremden Völkerstämme sich deutscher Eigenart anpassen, d. h. germanisirt werden. Bei der Bearbeitung des durch die letzte Volkszählung gewonnenen Materials über den Stand der Volkssprachen ist der Geheimrath von Fierks durchaus logisch zu der Ueberzeugung von dem nivellirenden Einfluß der Freizügigkeit gekommen. Das gilt von den Polen ganz besonders. Indem sie westwärts ziehen, um dem Elend der Heimath zu entrinnen, wächst das Polenthum daheim nicht in dem Maße, als es bei der die deutsche Geburtenziffer übersteigenden polnischen Geburtenziffer sonst der Fall wäre. So ist denn die Zahl der Polen in rein deutschen Gegenden ganz bedeutend. Am 1. Dezember 1890 wohnten in den mittleren und westlichen, also jetzt rein deutschen Provinzen Preußens, nicht weniger als 99 875 Polen, davon kamen auf den Regierungsbezirk Arnsberg 20 131, auf Berlin 12 188, die Regierungsbezirke Magdeburg 10 353, Merseburg 10 312, Potsdam 3945, Liegnitz 5584, Münster 5490, Frankfurt a. O. 4813, Düsseldorf 4682, Schleswig 4252, Stettin 3231, Hildesheim 1656, Lüneburg 1526, Hannover 1447, Stralsund 1076, Stade 904, Köln 703, Erfurt 504, Kassel 466, Wiesbaden 366, Minden 320, Koblenz 206, Trier 122, Aachen 117. In Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Rheinland wohnen jetzt fast 42 000 Polen. Dem zu Folge hat sich in den östlichen Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen, und Oppeln die Zahl der Polen verringert. Vermehrt hat sie sich dagegen in den Regierungsbezirken Marienwerder, Posen und Bromberg. Andererseits sollen 45—75 000 Deutsche, die aus Mittel- und Westdeutschland in die rein polnischen Gegenden zogen, ihre Muttersprache eingebüßt haben. Die Beseitigung der Freizügigkeit würde dieser Verschmelzung ein schweres Hinderniß bereiten, was Die am meisten bedauern sollten, welche nach der Ausbreitung des Deutschthums rufen und die Germanisirungsarbeit in Polen befördern wollen. Aber der Geldbeutel geht unseren Junkern über Alles; billige Arbeitskraft ist ihr inbrünstigstes Verlangen, damit die Herren Väter und Söhne aus den Reihen der „Edelsten" als flotte Kavallerieoffiziere, auf den Rennplätzen und mit ihren Maitressen 2c. um so mehr Geld todtschlagen können. Darum stecken sie ihren teutschen „Patriotismus" wieder ein und schreien kräftig weiter nach Beschränkung der Freizügigkeit und — billigen Arbeitskräften.

— Der Interessenkampf treibt in unserer „herrlichen" Gesellschaft immerfort seine schönsten Blüthen. Da giebt es nicht Friede und nicht Ruhe. So auch auf dem Gebiete des Medizinalwesens. Viele Jahre hindurch schon tobt zwischen Apothekern und Droguisten Fehde um das Recht, Arzneimittel zu verkaufen. Jetzt erhalten die Apotheker neue Konkurrenten in den Aerzten. Unter diesen beginnt jetzt eine Agitation zur Erlangung des Rechtes, Arzneien zu bereiten und an Kranke zu verabfolgen. In beschränktem Maße besteht ein solches Recht bereits. An Orten, die keine Apotheke haben und wo Arzneien besonders schwer von anderöher zu beschaffen sind, wird dem Arzt gestattet, eine Hausapotheke zu halten. Außerdem steht den homöopathischen Aerzten das Dispensirrecht zu. Jetzt wird aber verlangt, daß den Aerzten allgemein die Befugniß, Arzneien herzustellen, gegeben werde. Die Forderung wurde zuerst in der in Berlin erscheinenden „Medizinischen Reform" gestellt. Später wurde sie von der Münchener „Aerztlichen Rundschau" und neuerdings von der „Deutschen Medizinal-Zeitung" aufgenommen, so daß sie jetzt ziemlich allgemein geworden ist. Um die Forderung zu stützen, wird in's Feld geführt, daß in anderen Ländern, wie in England, Frankreich, Italien, Holland, schon lange der Brauch bestehe, daß die Aerzte die Arznei herstellen. Dort giebt es trotzdem Apotheken, aber nur an größeren Orten, an denen der Bedarf an Heilmitteln umfangreicher ist. Das Dispensirrecht der Aerzte und die Apotheken könnten, wie das Beispiel anderer Länder zeige, ganz gut neben einander bestehen. Ganz besonders nothwendig und nützlich wäre die Verabreichung von Arzneien durch die Aerzte auf dem Lande, wo die Beschaffung einer Arznei oft mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist. Erleichtert würde das Dispensiren den Aerzten sehr wesentlich durch den hohen Stand der pharmazeutischen Technik; die wichtigsten Heilmittel kämen in fertigen Präparaten in den Handel. — Ist es nicht eine beschämende Herabwürdigung der ärztlichen Wissenschaft, daß sie den profitablen Arzneihandel für sich beansprucht? Wir sehen darin einen neuen Beweis für die Verstaatlichung des Apothekenwesens und ärztlichen Berufes.

— Schwarze Listen der Eisenbahnverwaltung. Unserm Bruderorgan „Volkswille" in Hannover ist wiederum ein geheimes Aktenstück in die Hände gefallen. Dasselbe ist lithographirt und lautet:

Geheim! Hannover, den 4. Juni 1890.
Nr. 773. I 5.

Wegen agitatorischer Thätigkeit mit Beziehung auf die Feier des 1. Mai sind im Eisenbahn-Direktionsbezirke Berlin entlassen:

1. der Lakirer Oskar S., geboren 28. Januar 1856 zu Berlin, zuletzt beschäftigt in der Hauptwerkstätte Grunewald;
2. der Rangirer Otto H., 25 Jahre alt, geboren zu Görlitz,
3. der Rangirer Friedr. U., 25 Jahre alt, geboren zu Görlitz,

beide zuletzt auf dem Bahnhofe Görlitz beschäftigt.

Die vorgenannten Arbeiter sind bei etwaiger Meldung nicht zur Beschäftigung zuzulassen.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt (H.-Rh.)
An Schulze.
sämmtliche Herren Dienststellen-Vorstände
Nr. 211. S. I. (je besonders).

Die Namen, die wir nur andeuten, sind in dem Schriftstück voll angegeben. — Ja wohl, die staatlichen Betriebe sind Musteranstalten. An ihnen kann sich der hartgesottendste Unternehmer ein Muster nehmen, wie mit mißliebigen Arbeitern zu verfahren ist!

— Zum Fall Gradnauer schreibt die in Dresden erscheinende „Sächs. Arb.-Ztg.": „Wie wir schon kurz gemeldet haben, ist unser Genosse Dr. Gradnauer am 20. Oktober auf der Straße verhaftet, in Militärkleidung gesteckt und in's Militärgefängniß gebracht worden, wo er

Landesbibliothek Oldenburg

sich noch gegenwärtig befindet. Am Sonnabend Mittag, als wir noch keine Kenntniß von dem Grunde des Ausbleibens Gradnauer's in der Redaktion hatten, wurde von Kriminalpolizeibeamten in der Redaktion und in der Wohnung Gradnauer's gehausucht — erfolglos — und uns hierbei auf die Frage nach dem Verbleiben Gradnauer's dessen Ablieferung an's Militärgericht mitgetheilt. Gradnauer ist Reservist, ist vor vier Wochen bereits aus der achtwöchigen Uebung wieder entlassen und hat sich mit besonderer Auszeichnung in der Uebung geführt. Alle Welt bestürmt uns mit der Frage: Wie kann das Militärgericht einen Zivilisten nach Absolvirung seines Dienstes noch einstecken und gegen ihn prozessiren? Wir haben uns beim Militärgericht erkundigt, welcherlei Anschuldigung gegen Gradnauer vorliegt. Aber unserm Rechtsanwalte ist jede Auskunft verweigert worden, trotz des Hinweises darauf, daß vermuthlich Gradnauer mangels Kenntniß der einschlagenden Bestimmungen der Militärprozeßordnung ja nicht in der Lage ist, mit Beschwerden sich gegen die militärgerichtliche Verhaftung und Prozessirung selbst zu wehren. Dieser Fall von Militärjustiz gegen einen Zivilisten wird um so bedenklicher, wenn man erwägt, daß noch den Bestimmungen der jetzt geltenden (Preußischen) Militärgerichtsordnung der Angeschuldigte sich nur durch eine Militärperson vertheidigen lassen kann, und auch durch eine solche nur dann, wenn ihm mehr als zehn Jahre Strafe oder Tod droht!! (§ 117). Allerdings aber sind die Strafandrohungen des Militärstrafgesetzbuches so drakonisch und so dehnbar abgefaßt, daß es einem sozialdemokratischen Wehrpflichtigen leicht passiren kann, Anklage mit Aussicht auf so hohe Strafen zu erhalten. Z. B. droht § 100 des Militärstrafgesetzbuches im Falle der „Aufwiegelung" („wer mehrere Personen des Soldatenstandes bloß anreizt, gemeinschaftlich den Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern") Gefängniß von mindestens 5 bis 15 Jahren an, „ohne Rücksicht darauf, ob ein Erfolg eingetreten ist". Manche Genossen haben gemeint, gegen Gradnauer sei Verdacht eines ähnlichen Vergehens entstanden, das er während seiner Uebungszeit begangen haben solle. Allein wenn nicht die Militärbehörde etwa das Gesetz anders auslegen sollte, so ist eine solche Annahme durch die Bestimmungen der Militärgerichtsordnung ausgeschlossen. Nach denselben (§ 6 regelt die Zulässigkeit militärischer Untersuchung gegen Beurlaubte) kommen nur folgende Fälle in Betracht: 1. „Ungehorsam gegen Befehle, die Beurlaubten (außer Dienst) ertheilt werden dürfen"; 2. „Desertion"; 3. „wenn Beurlaubte sich ganz bestimmte Vergehen (außer Dienst) in Uniform zu Schulden kommen lassen"; 4. „Insubordination bei Gesuchen und Beschwerden in militärischen Dienstsachen"; 5. „Duelle beurlaubter Landwehroffiziere". Und auch die sonst einschlagenden Militärgesetze sprechen theils nur von Vergehen Beurlaubter, die sie sich (außer Dienst) in Uniform zu Schulden kommen lassen, theils von Dingen, die bei Gradnauer nicht vorkommen konnten. Gradnauer war aber selbstverständlich froh, den Dienstrock nach Ableistung seines Uebungsdienstes wieder ausziehen zu können, und hat seitdem ihn nicht wieder getragen, zumal er kein Offizier, sondern nur Unteroffizier ist. Dagegen giebt es in der Militärgerichtsordnung wohl Bestimmungen, die es erlauben, Beurlaubte militärgerichtlich zu verfolgen wegen Vergehen, die vor dem Uebertritt in den Beurlaubtenstand ergangen sind (§§ 14 und 15). Nicht aber giebt es eine ähnliche Bestimmung, die erlaubt, Dienstvergehen eines Beurlaubten zu verfolgen, die er als zum Dienst eingezogener Beurlaubter begangen haben soll. Vielmehr ist in § 7 der Militär-Gerichtsordnung ausdrücklich der Militärgerichtsstand der Beurlaubten beschränkt auf die Zeit „während der Einberufung zu dienstlichen Zwecken"; und ausdrücklich ist ferner gesagt, daß „dieser Gerichtsstand mit dem Ablauf des Tages der Wiederentlassung aufhört". Hiernach bleibt bei Gradnauer's militärischer Abführung, wenn anders nicht die Militärbehörde das Gesetz ganz anders auslegt, vernünftigerweise nur die Erklärung übrig, daß die Militärbehörde irrthümlich ihre Zuständigkeit gegen den Beurlaubten Gradnauer angenommen hat wegen eines angeblichen Dienstvergehens Gradnauer's während seiner Uebungszeit. Wir hoffen daher auf eine baldige Aufklärung, wenigstens über die erste Voraussetzung des militärischen Verfahrens gegen den Zivilisten Gradnauer: den Grund seiner militärischen Verhaftung."

Oesterreich-Ungarn.

— Warum der Belagerungszustand über Prag so zähe festgehalten wird, das dürfte Jedem bei nachstehender Meldung einleuchten: Das Ausnahmegericht verurtheilte den sozialistischen Redakteur Wilhelm David wegen Majestätsbeleidigung und Störung der öffentlichen Ruhe zu 13 Monaten schwerem Kerker." Ein Geschworenengericht hätte vielleicht die Sache wesentlich anders aufgefaßt; darum herbei mit Ausnahmegerichten, welche geneigt sind, Exempel zu statuiren. Viel Segen wird übrigens die österreichische Regierung mit den Ausnahmemaßregeln doch nicht ernten. Auch Deutschland hatte lange Zeit ein Ausnahmegesetz und große Bezirke, die im kleinen Belagerungszustand sich befanden. Die Früchte haben sich gezeigt.

Schweiz.

— Vom famosen Asylrecht. Die politische, aber dabei doch höchst alberne Verfolgung, welche im Juli d. J. gegen den früheren unabhängigen Sozialisten und nachherigen Renegaten Dr. Hans Müller in Bern verübt wurde, erhält nach kurzer Unterbrechung eine neue unerquickliche Auflage. Von Bern wandte sich Dr. Müller nach Basel und suchte dort um die Niederlassung nach, die ihm verweigert wurde. In Baselland glaubte er ein besseres Verständniß seiner Lage zu finden, die Gemeinde nahm keinen Anstoß, ihm Asyl zu gewähren. Während dieser Zeit verheirathete sich Dr. Müller mit Fräulein Niederer, einer Konsistorialrathstochter. Doch dieser Schritt sollte ihm nichts helfen. Der Gemeinderath von Oberwil, welcher unterm 7. Oktober das Niederlassungsgesuch Müller's bei der baselländischen Regierung eindringlich zur Genehmigung empfahl, ertheilte einen ablehnenden Bescheid, indem Müller eröffnet wurde, bis zum 31. Oktober die nöthigen Ausweisschriften beizubringen, oder das Kantonsgebiet zu — verlassen. Daß Müller die nöthigen Ausweisschriften nicht erhält, liegt auf der Hand, es bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Wanderstab von Neuem zu ergreifen und mit seiner Frau, einer Schweizerin, sich von Kanton zu Kanton hetzen zu lassen, um schließlich, wenn sich keine Kantonsregierung des Asylrechts sich erbarmt, ins Ausland, in das monarchische England, zu flüchten, das dem jungen Ehepaar wohl Rast gewährt.

Dänemark.

Kopenhagen. Der Reichstag, der dieser Tage wieder eröffnet ist, hat seine Arbeiten unter sehr ungünstigen Auspicien begonnen. Hierzu trägt am meisten der Umstand bei, daß der Konflikt zwischen den Parteien durch die neue agrarische Bewegung verschärft wird. Die Leiter dieser Bewegung fordern nämlich, daß der Reichstag es als seine Hauptaufgabe betrachten solle, das Programm der Agrarier zu Gunsten der schwer darnieder liegenden Landwirthschaft durchzuführen und alle anderen Streitfragen bei Seite zu schieben. Der Hauptmacher der Bewegung, ein Gutsbesitzer Andersen, hat kürzlich erklärt, wenn der Reichstag dieses Programm nicht ausführen wolle, würde man ihn dazu zwingen. Die Rechte ist hiermit jedoch nicht einverstanden und will die anderen Fragen nicht vernachlässigen, um die Wünsche der Agrarier zu erfüllen. So versicherte noch kürzlich der Konseilspräsident im Folkething, die Regierung hege wohl Interesse für die Landwirthschaft, aber sie könne für dieselbe nicht zum Schaden anderer Gesellschaftsklassen vorzugsweise eintreten.

Amerika.

— Bittere Pillen giebt der Gouverneur von Illinois (bekannt durch die Begnadigung oder besser gesagt Rehabilitirung der sogen. Anarchisten) der Bourgeoisie und dem Kapitalismus zu schlucken. Das „St. Louis Tageblatt" schreibt darüber:

„Gouverneur Altgeld hat die kapitalistische Welt abermals in Schrecken und Aufruhr versetzt; sie wurde gewahr, daß Herr Altgeld eine ganze Reihe von Strafgefangenen zu kürzerem Termine begnadigt resp. freigelassen hat — in sieben Monaten nicht weniger denn 95 Personen . . . Es verlohnt sich für uns, dem Gegenstande näher zu treten, weil er nicht so bald aus der Diskussion der Tagesereignisse verschwinden wird; denn Gouverneur Altgeld wird es vermuthlich bei den bisherigen Begnadigungen nicht bewenden lassen, sondern fortfahren, Gefangene freizugeben und damit die Proteste der kapitalistischen Presse vermehren. Bis jetzt nämlich sind es nur die republikanischen Blätter, welche räsonniren, die demokratischen aber schweigen noch, weil Altgeld von ihrer Partei eingesetzt wurde; allmälig aber werden auch sie ihn fallen lassen müssen. Redlich verdient hat er es wohl. Nun, betrachten wir die Begnadigungsliste Altgelds, so finden wir: Unter den Pardonnirten 5, die zu Strafen von 30 bis 90 Tagen verurtheilt waren, sodann 7 zu 1 Jahre, 1 zu 1½ Jahren, 4 zu 2 Jahren, 9 zu 3 Jahren, 4 zu 4 Jahren, 3 zu 5 Jahren, 3 zu 6, 2 zu 7, 1 zu 8, 2 zu 10, 1 zu 12, 2 zu 13, 3 zu 14, 3 zu 15, 1 zu 16, 1 zu 20, 1 zu 40 Jahren und 5 auf Lebenszeit. Ferner hat der Gouverneur einer Reihe von Gefangenen den Straftermin durch „Kommutation" so verkürzt, daß sie entweder unmittelbar oder in Bälde, in einigen Monaten, entlassen werden. In Illinois wird nämlich den Gefangenen für gutes Verhalten in der Anstalt eine gewisse Frist erlassen, und zwar vom 1. Jahre einen Monat, von jedem folgenden Jahre einen Monat mehr, bis der Erlaß im 6. Jahre 6 Monate beträgt; dabei bleibt es auch in späteren Jahren, so daß, wer zu 6 Jahren verurtheilt ist, nur 4 Jahre und 3 Monate sitzt, und 10 Jahre bedeuten demnach 6 Jahre und 3 Monate."

Was aber die kapitalistische Presse besonders in Wuth versetzt, das ist die Begründung, die Altgeld einer Begnadigung beifügte: „Es giebt viele Leute in diesem Staate mit blutbefleckten Händen, die von der Justiz nicht ereilt wurden, weil sie Geld oder Einfluß besaßen. Der vorliegende Fall rechtfertigt theilweis das Sprichwort: Kleide die Sünde in Lumpen und ein Strohalm wird sie durchbohren; kleide sie in Gold und der starke Arm des Gesetzes sinkt hoffnungslos vor ihr herab." Wie man sieht, ist diese von Herrn Altgeld der Bourgeoisie verabreichte Pille viel stärker, als die Freilassung der drei Anarchisten aus Joliet. Dort berief sich der Gouverneur auf Mißgriffe der Justiz, Ungerechtigkeiten im Prozeß-Verfahren und dergleichen. Hier aber erklärt er: Diese Justiz ist — auch wo sie nicht absichtlich schlecht und frei von Formfehlern — ungerecht, weil sie nur den Armen, den Freundlosen trifft.

Von der Cholera.

In Stettin ist die Epidemie, den letzten Nachrichten nach, im Abnehmen begriffen. Todesfälle waren in den letzten Tagen nicht zu verzeichnen. — In Folge Ausbruchs der Cholera in dem holländischen Grenzorte Coeworden hat der Regierungspräsident zu Osnabrück eine Polizeiverordnung erlassen, nach welcher auf den in den Kreisen Meppen und Bentheim gelegenen Fluß- und Kanalstrecken jeder Schiffer und Flößer, welcher von den Niederlanden kommt, verpflichtet ist, sich an den näher bezeichneten Stellen einer genauen Untersuchung zu unterwerfen.

---

36)

Die Alten und die Neuen.

Roman von M. Kautsky.

Fortsetzung. Nachdr. verboten.

Der Pater ließ sich durch die alte Gerta, die mit Elsa hierher gekommen war, bei dieser melden und erhielt die Antwort, daß die Komtesse heute nicht empfange und um Entschuldigung bitten lasse.

Cölestin hatte diesen Refus vorausgesehen, er hatte darauf gerechnet, um ihn den beiden Harrenden zu überbringen, so ihre Bemühungen, Elsa zu sehen und zu sprechen, vereitelnd. Mit Schadenfreude hätte es ihn erfüllen sollen, daß der Koup so gut gelungen, und doch empfand er in dem Augenblick nur den Stachel der persönlichen Beleidigung, die ihm das Mädchen angethan.

Seine Züge verzerrten sich im Schmerz, aber nur einen Augenblick hatte er die Gewalt über seine Muskeln verloren, dann hüllte er sich fast hochmuthsvoll in seine Würde und kalt, mit freundlich vornehmer Ruhe, kehrte er in Helenens Salon zurück und überbrachte Reinthal einen Bescheid, der ihm doch nur allein gegolten.

Der Baron und Arnold mußten sich entfernen, ohne die Komtesse gesehen zu haben, aber beide vertrösteten sich auf den Abend, wo Elsa auf der Soiree der Fürstin erscheinen sollte.

Achtes Kapitel.

Der große Empfangssaal der Fürstin Lilli war glanzvoll erleuchtet und eine glänzende Gesellschaft war es, die sich darin bewegte.

Es war die letzte Soiree, welche die Fürstin in dieser Saison veranstaltete. Bald nach den großen Frühjahrsrennen, welche in der ersten Hälfte des Mai abgehalten wurden, pflegte der Hof die Residenz zu verlassen, und das war zugleich das Signal für die Aristokratie, sich ebenfalls nach ihren Landgütern zu begeben. Diese Soiree war daher überaus gut besucht, man war übrigens im voraus sicher, sich bei der Fürstin Lilli stets vortrefflich zu amüsiren. Ihr Gatte, ein geschickter Diplomat, gehörte der kirchlichen und konservativen Richtung an, von ihr wußte man, daß sie das Vergnügen über alles liebe.

Diese bekannte Weltlichkeit der Dame, die nicht mehr jung und niemals schön gewesen war, die aber Temperament und die Gabe Lustbarkeiten zu erfinden besaß, war bei Hofe vermerkt worden und man hatte ihr dies bei verschiedenen Gelegenheiten fühlbar zu machen gewußt.

Sie kümmerte sich nicht darum; ihre Soireen, zu denen sie gerne Künstler und junge Männer von Talent lud, behielten ihr Renommee, und sie verstand es nach wie vor, all diejenigen, bei denen sie etwas durchsetzen wollte, ihrem Willen dienstbar zu machen.

Sie saß an diesem Abend in mattweißer Seidenrobe in einer kleinen Causeuse von dunkelbraunem Plüsch, die Taille ihres Kleides war tief ausgeschnitten, und da sie entsetzlich mager war und jeder sinnbethörenden Rundung entbehrte, so konnte man ungehindert und weit hinab die Anatomie ihres Knochengerüstes verfolgen. Ungeachtet der Enge der Robe hatte sie ein Bein über das andere gelegt, und trotz der immensen Schleppe, die in Windungen sie umringelte, konnte man hier wieder das elegante Schuhwerk und die gestickten seidenen Strümpfe weit hinauf bewundern. Ihr kleines, unregelmäßiges Gesicht trug eine dicke Puderschicht; ihre dunklen, lebhaften Augen erhielten durch die starke Malerei der Brauen und Wimpern etwas Gieriges und Flammendes zugleich und ihr kapriziöser Mund mit den dünnen Lippen sah durch die rothe Lippenschminke noch karrikirter aus. Sie hatte so ganz jenen reizenden Chic, jene süße Halbweltsallüre der Pariser Courtisane, die auch in der großen Welt Mode geworden.

Sie wiegte ihren dünnen Leib schaukelnd hin und her, gestikulirte mit den entblößten dürren Armen herum und plauderte und lachte.

Neben ihr saß, ebenfalls dekolletirt, Prinzessin Melanie, eine Frau, die den Sommer des Lebens längst überschritten; ihr starres saures Gesicht war von bemerkenswerther Häßlichkeit. Sie trug herrliche Diamanten und sah unter diesem Gefunkel ungemein steif und langweilig aus. In ihrer eingebildeten Hoheit glaubte sie ein Recht zu haben, alle diejenigen, die sie an Rang tief unter sich glaubte, zu verachten. Ihrer großen Anmaßung kam allein ihre große Unwissenheit gleich.

Gräfin Dönhof, die ihre Großnichte Elsa soeben vorgestellt, hatte in dem Fauteuil neben ihrer Hoheit Platz genommen. Daran schloß sich im Cercle eine Anzahl der verschiedensten Persönlichkeiten. Lilli liebte es, mit vielen auf einmal zu konversiren, und in ihrer Lebhaftigkeit sprang sie dann oft auf, winkte diesen herbei, rief jenen an, weil sie einen momentanen Einfall sofort an den rechten Mann bringen mußte.

Jetzt klopfte sie mit dem kleinen Füßchen wiederholt auf den Boden, sie erwartete eine fremdländische Majestät und sie war ungeduldig, daß sie noch nicht erschienen war.

„Auch Toto, unser Toto kommt, ce petit farceur ravissant!" rief sie laut, mit diesem Kosenamen einen beliebten Schauspieler bezeichnend, und sich rasch nach einem Herrn umwendend, der hinter ihr stand, sagte sie dezidirt: „Ich erkläre ihn für unsern besten Komiker, er ist der einzige, der Kouplets singen kann."

Sie nickte, als ihr dies Urtheil bestätigt wurde, und sich in fast epileptischer Weise wieder nach einer anderen Seite schnellend, fuhr sie in gleicher Lebhaftigkeit fort: „Der König, unser Gast, ist entzückt von seinem Vortrag, er findet Totos Mimik köstlich; er will ihn auch jeden Abend hören, nichts könne ihn so belustigen, als seine Späße, behauptet er, Toto wird dafür auch den Christusorden erhalten."

Der fromme aber geistvolle Prinz Sturm, der ihr gegenüber saß, schnitt eine Grimasse. Es verletzte ihn immer, wenn der hohe Adel das Komödiantenthum öffentlich protegirte. Insgeheim konnte man das halten, wie man wollte, und in der That konnten sich besonders dessen Trägerinnen solcher heimlicher Auszeichnungen von ihm erfreuen.

„Seine Majestät nimmt den Spaßmacher wohl gleich mit sich auf die Reise!" sagte er scharf. (Forts. f.)

Landesbibliothek Oldenburg

In Riga ist die Cholera amtlich festgestellt worden; es sind 12 Erkrankungen und 5 Todesfälle vorgekommen. — An Cholera erkrankten resp. starben vom 20. bis 23. Oktober in Petersburg 84 bezw. 33, vom 17. bis 19. d. M. in Moskau 5 bezw. 3, vom 8. bis 14. in Sebastopol 20 bezw. 12, in den Gouvernements Warschau 24 bezw. 11, Wolhynien 539 bezw. 213, Grodno 52 bezw. 22, Kalisch 7 bezw. 8, Kursk 217 bezw. 46, Lomhsa 478 bezw. 225, Lublin 2 bezw. 1, Mohilew 100 bezw. 38, Plock 26 bezw. 13, Suwalki 2 bezw. 1, vom 24. Sept. bis 14 Okt. in Kiew 262 bezw. 100 Personen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 26. Oktober. Was ist Sozialismus? Auf diese Frage möge allen, an welche die Frage gestellt wird, eine kurze und präzise Antwort an die Hand gegeben werden: Sozialismus ist die wissenschaftlich begründete Anschauung, daß die Gesellschaft, die sich von ihrem Urbeginn an durch die verschiedenen Formen entwickelt hat und fortgeschritten ist, nicht jetzt plötzlich in ihrer Entwickelung stehen bleiben kann; die Erkenntniß, daß die bürgerliche oder kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht für die Ewigkeit bestehen, versteinern, sondern einer anderen fortgeschritteneren Platz machen werde. Es ist zum Mindesten erwiesen, daß alle gesellschaftlichen Funktionen in innigem Einklange fortschreiten, Politik also wie Kunst, Wissenschaft ꝛc. wenigstens eine der Wirthschaft parallele Entwickelung zeigen und der Gesellschaft eine zu jedem bestimmten Zeitpunkte gleichartige Organisation geben. Die Wirthschaftsordnung hängt aber von dem Stande der Technik ab. Als diese sich nicht mehr mit dem feudalen Innungswesen vertrug, anderseits statt der auf den Ort beschränkten Erzeugung im Kleinen, die von dem Weltmarkt eröffnete Großproduktion ermöglichte, fand die Sprengung der Fesseln ihren Ausdruck in der großen Revolution von 1793. Die heutige Technik macht es im Allgemeinen unmöglich, daß jeder Arbeiter Herr seines Werkzeuges und der Produktionsmittel werde; die von den unterjochten Naturkräften getriebene Maschine speist enorme Mengen Rohprodukte und Betriebsmaterial. Dabei sammelt sie stets größere Mengen Arbeiter um sich, stößt aber eine große Zahl ganz aus der Arbeit. Die Arbeit sparende Maschine wird zur Arbeiter sparenden — und da diese, durch Hunger getrieben, sich zu ihr drängen, wird sie zu ihrem Herrn. Der einzelne Arbeiter kann nie den Preis der Rohprodukte und den der Maschine erschwingen. Der Herr der Maschine, oder die Gesammtheit der Herren wird zum absoluten Herrscher über die Arbeiter. Der Herren werden immer weniger, der um einen Maschinenkomplex angesammelten Arbeiter immer mehr. Das führt zur Lösung: Eine Wirthschaftsordnung ist zu schaffen, in welcher die Produktionsmittel keiner an der Produktion nicht thätigen Personen angehören. Die Lösung giebt eine Revolution der Wirthschafts-, der ganzen Gesellschaftsordnung. Darin ist gewiß nicht die den Sozialisten meist unterschobene Meinung ausgesprochen, daß nur eine blutige, gewaltthätige Revolution helfen könne.

Bant, 26. Oktober. Theater. Vor gut besetztem Hause gelangte gestern Abend die Schauspiel-Novität: „Die Herren Eltern" von Hirschel zur Aufführung. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß unser hiesiges Publikum diesen Vorstellungen solch' lebhaftes Interesse entgegenbringt. Dadurch wird es der strebsamen Direktion auch möglich gemacht, erneut Vorstellungen in Bant geben zu können und kann somit das kunstliebende Publikum die beschwerlichen Wege von hier nach dem Kaisersaale sparen. Anderseits ist es aber auch von der Direktion mit Freuden zu begrüßen, daß sie bei den hiesigen Vorstellungen an Stelle der nichtssagenden Possen und Schwänke wirklich empfindungsreiche Stücke das Repertoir bilden läßt. „Die Herren Eltern" entstammen der Neuzeit, obgleich das Stück auf Erschöpfung der Materie, die dasselbe enthält, keinen Anspruch machen kann, so verfehlt es doch nicht seine packende Wirkung auf den Zuhörer. Neben dem Ernst besitzen „Die Herren Eltern" recht viel gesunden Humor. Das Stück verdiente demnach auch die Beachtung, die ihm von dem zahlreichen und in überschwenglicher Weise applaudirenden Publikum zu Theil wurde. Das Einzelwie Gesammtspiel war vortrefflich. Besonders gefallen hat Herr Adolf von Schiffner in seiner urkomischen Weise als Rentier Schliemann, ferner Herr Albert Balzer — was bei dessen Talent eigentlich selbstverständlich ist — als Sohn des Rentiers Schliemann. Die Herren Herm. Gothe (Gutsbesitzer Adolf von Bardenstein) und dessen Sohn Bruno (Herr Edmund Meyer) trugen nicht minder zum Gelingen des Ganzen bei. Von den Damen, die ein exaktes Spiel lieferten, waren es besonders Fräulein Toni Zierke als die reiche Erbin Hedwig von Winterberg und Fräulein Gretchen Hoffmann als Julie Rudolf, Hedwig's Kousine. Ihr sprudelnder Humor riß das Publikum oftmals zu stürmischer Begeisterung hin. Sie verdient die vollste Anerkennung. Weiter von den Damen dürften Fräulein Kramer in ihrer Rolle als Clarissa, des Gutsbesitzers Schwester, und das im letzten Akt, nur die Rolle des Aschenbrödel spielende Fräulein Emma Henrion, sich durch ihr vortreffliches Spiel den Dank des Publikums erworben haben. Mit einem Worte: Alles klappte, und dürfte dies für die weiteren Vorstellungen keine geringe Empfehlung sein. In der am Sonnabend stattfindenden Vorstellung sind „Die Stebinger" von Ruseler in Aussicht genommen, für die weiteren Vorstellungen zunächst „Die Räuber" und sodann „Die Tochter des Herrn Fabricius".

Bant, 26. Oktober. Wir wollen nicht verfehlen, noch einmal an dieser Stelle auf das heute Abend im „Hotel zur Krone" stattfindende erstmalige Auftreten des Leipziger Sémada-Ensembles hinzuweisen. Nach Allem, was wir erfahren und gehört haben, steht den Besuchern ein gediegener und genußreicher Abend bevor und dürfte daher — wenn es in Anbetracht der vielen Festlichkeiten und Vergnügungen überhaupt noch möglich — einem zahlreichen Besuch des Konzertes entgegen zu sehen sein.

Bant, 26. Oktober. Vorgestern Morgen wurde der Rechnungsteller T. hierselbst verhaftet. Man sagt, daß Fluchtverdacht die Ursache dieser Verhaftung gewesen sein soll. T. wurde vor Kurzem wegen Betrügereien zu einer längeren Freiheitsstrafe verurtheilt.

Bant, 26. Oktober. Gestern Abend bemerkten wir wiederum nach Nordwesten hin hellen Feuerschein. Nach näheren Erkundigungen erfuhren wir, daß in der Neuender Kirchreihe glücklicherweise nur ein Haufen Stroh in Brand gerathen war. Bei dem Brande am Montag Abend handelte es sich um dasselbe Objekt.

Bant, 26. Oktober. Am nächsten Dienstag, als am 31. Oktober, haben wir im Oldenburgischen zu allem Ueberfluß wieder das Vergnügen, einen an den Haaren herangezogen gesetzlichen Feiertag feiern zu können, nämlich den Tag des Reformationsfestes.

Wilhelmshaven, 26. Oktober. Einem Lokalbericht des hiesigen Inspektors der Alters- und Invalidenversicherungsanstalt Hannover entnehmen wir Folgendes: Bei der Revision der Quittungskarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung ist hier in letzter Zeit gefunden worden, daß für die sogen. unständigen Arbeiter, z. B. Tagelöhner, Wäscherinnen, Plätterinnen, Näherinnen pp., keine Beitragsmarken verwandt sind. Da die Unterlassung der Beitragsleistung nach § 143 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 mit Ordnungsstrafe bis zu 300 Mk. bestraft wird, die Kontrolbeamten von der Versicherungsanstalt Hannover auch angewiesen sind, nachdem nunmehr das Gesetz 2½ Jahre in Kraft und anzunehmen ist, daß die Arbeitgeber mit den Bestimmungen desselben jetzt bekannt sind, jeden Kontraventionsfall zur Strafanzeige zu bringen, ist den Arbeitgebern nur dringend anzurathen, bei Beschäftigung eines unständigen Arbeiters durch Einsicht in die Quittungskarte desselben sich zu überzeugen, ob für die betreffende Woche, in welcher sie den Arbeiter beschäftigen, bereits eine Beitragsmarke verwandt ist und falls solches nicht geschehen, die Marke in die Karte einzukleben und zur Sicherung des Beweises der erfolgten Beitragsleistung die Marke mit dem Datum zu versehen. — Verschiedentlich haben in letzter Zeit gegen Arbeitgeber auch deshalb Strafanzeigen erfolgen müssen, weil dieselben für Arbeiter, welche nicht volle Wochen bei ihnen beschäftigt gewesen sind, keine Marken verwandt haben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß beispielsweise für einen Arbeiter, welcher nur am Sonnabend beschäftigt wird, an den anderen Wochentagen aber nicht gearbeitet hat, oder welcher am Montag gearbeitet hat und an diesem Tage entlassen wird, eine Beitragsmarke zu verwenden ist. Ebenso ist beispielsweise für denjenigen Arbeiter eine Marke zu verwenden, welcher die Beschäftigung am Sonnabend wieder aufnimmt, nachdem er an den übrigen Wochentagen krank gewesen ist, da diese Woche für die Rentenberechnung als Krankheitszeit nicht in Anrechnung kommt.

Wilhelmshaven, 26. Oktober. Gestern fand die Ziehung der Handel- und Gewerbe-Ausstellungs-Lotterie statt. Da es uns heute leider nicht möglich war, ein genaues Verzeichniß über das Resultat bekommen zu können, so bringen wir dasselbe in der morgigen Nummer zum Abdruck.

Wilhelmshaven, 26. Oktober. Die ostfriesischen Bauern sind mit der Kandidatur Dr. Kruse's zum preußischen Landtag nicht einverstanden. Sie haben vor Kurzem in einer in Aurich stattgefundenen Versammlung, an der ca. 100 Landwirthe theilnahmen, beschlossen, einen eigenen Kandidaten aus dem Bund der Landwirthe aufzustellen, der dafür eintritt, daß die Fruchtpreise so hoch wie möglich geschraubt werden.

Heppens, 25. Oktober. In der am 24. d. Mts. stattgefundenen Gemeinderathssitzung wurde Folgendes beschlossen: Dem Ersuchen einiger Debenten um Erlaß von Gemeinde- und Armenumlagen wurde entsprochen, dagegen fand der größte Theil nicht die Zustimmung des Gemeinderaths; desgleichen wurde auf ein Gesuch, bezüglich Ermäßigung der Abgaben, zur Tagesordnung übergegangen. Sodann wurde der Beschluß des Gemeinderaths vom 19. August 1893, betreffend Verkauf eines Wegeareals an den Schlosser-Vorarbeiter Herrn Hetzler in zweiter Lesung genehmigt. Zu Monenten der Gemeindekasse-Rechnung wurden die Herren Schlörit und Rebien gewählt. Dem Gemeinderath wurden die pro 1893/94 zu zahlenden Amtsverbandsumlagen bekannt gegeben. Betreffend Bau eines Spritzenhauses wurde der Vorsitzende beauftragt, der am 25. d. Mts. stattfindenden Versammlung der Interessenten der Oeltermann'schen Grundstücke beizuwohnen, um dort eventuell ein Grundstück erwerben zu können. Dem Antrage des Bürgervereins des westlichen Theils, betreffend Ebnung des Banketts an der linken Seite der Paulsstraße, soll entsprochen werden. Der Gemeinderathsbeschluß vom 3. Oktober 1892, betreffend Errichtung von drei gemeinsamen Krankenkassen für die Gemeinden Wilhelmshaven, Bant, Heppens und Neuende, wurde aufgehoben. Der Schlammkasten bei dem Hause des Kaufmanns Eilers soll in der Weise abgeändert werden, daß derselbe bezüglich der Reinigung zugänglich ist. Gegen zwei Personen soll eine Brüche wegen Nichtbefolgung der Baupolizeiordnung erkannt werden. Nachdem sodann noch beschlossen, die Wasserleitungsfrage auf die nächste Tagesordnung zu setzen, wurde die Sitzung um 11 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Varel, 26. Oktbr. Die drei Buchdruckerlehrlinge, welche vor einiger Zeit in der Druckerei des „Gemeinnützigen" umfangreiche Spitzbübereien und Unterschlagungen begingen, standen gestern vor dem hiesigen Schöffengerichte. Die beiden am meisten Belasteten wurden zu 4 Monaten, der Dritte zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt; hiervon wurde ihnen ein Theil auf die verbüßte Untersuchungshaft angerechnet.

Briefkasten.

Kölner Parteitag: Die Berichte für die heutige Nummer sind ausgeblieben; wahrscheinlich erhalten wir dieselben erst mit der Abendpost. D. Red.

Quittung.

Für den Parteifonds erhalten: Ueberschuß einer Katerfeier 1.80 Mk. Die Redaktion.

Aufruf

an sämmtliche im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen.

Kollegen! Vor drei Jahren unternahm es eine kleine Schaar von Kollegen, eine Kellnerbewegung ins Leben zu rufen, welche vollständig auf dem Boden des heutigen Klassenkampfes stehen sollte, da die bereits bestehenden Kellnervereine, wie „Deutscher Kellnerbund" (Leipzig) und „Genfer-Verband", sowie noch verschiedene andere Vereine, welche auf dem Standpunkte stehen, daß die Lage der Gastwirthsgehilfen nur mit Hilfe der Arbeitgeber gebessert werden könnte, infolge ihrer Tendenz und Zusammensetzung der Verwaltung nicht in der Lage sind, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für uns zu schaffen.

In der Erkenntniß, daß auf dem Wege des Zusammengehens mit dem Arbeitgeber durchaus nichts für die Besserstellung der Angestellten im Gastwirthsgewerbe zu erreichen ist, da die Interessen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollständig verschieden sind, haben sich in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Danzig, Altona, Wandsbeck u. s. w. Vereine gebildet, die auf dem Boden des heutigen Klassenkampfes stehen.

Ein Beweis für den guten Erfolg dieser Bewegung ist jedenfalls die Thatsache, daß die eben benannten Vereine bereits eine Mitgliederzahl von 4000 aufzuweisen haben und in dem „Gastwirthsgehilfen" ein Organ besitzen, das in energischer und thatkräftiger Weise mit Erfolg für die Interessen der Gastwirthsgehilfen eintritt und bereits in einer Auflage von über 3000 Exemplaren erscheint. Da sich nun das dringende Bedürfniß geltend macht, unter den im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen eine rege und thatkräftige Agitation zu entfalten, ist unterzeichnete Kommission beauftragt worden, Vorbereitungen zu einem im Frühjahr 1894 abzuhaltenden Kongreß aller im Gastwirthsgewerbe beschäftigten Personen zu treffen.

Auf demselben sollen alle uns betreffenden Fragen, wie Arbeits- und Lohnverhältnisse, Stellenvermittelung, Presse, Organisation und Agitation, diskutirt werden. Ort, Zeit, sowie Tagesordnung des Kongresses werden rechtzeitig bekannt gemacht.

Wir richten nun an alle Berufsgenossen Deutschlands das Ersuchen, Stellung dazu zu nehmen, die Frage öffentlich zu diskutiren und etwaige Wünsche und Anträge uns zu unterbreiten, wir sind zu jeder Auskunft gern bereit

In der zuverlässigen Hoffnung, daß auch dieser unser Aufruf in den Herzen aller Kollegen den weitesten Wiederhall finden möge, und daß das Jahr 1894 wieder ein Stein zum Bau der großen allgemeinen Arbeiterbewegung schaffen wird, um das darbende Volk aus den Fesseln des heutigen Kapitalstaates zu befreien, schließen wir mit dem Ausspruche Lassalle's: „Die Arbeiter sind der Fels, auf welchem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll".

Mit kollegialischem Gruß und Handschlag.

Die Kommission:

K. Fröhlich. R. Hoffmeyer. H. Horn. M. Thomas. W. Reiter. Th. Flindt. A. Rudolf.

Alle Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden der Kommission R. Hoffmeyer, Altona a. E., Große Prinzenstr. 20.

Wulf & Francksen.

Gute Waare ist stets die billigste.

Ausstellung fertiger Betten.

Einschläfige Betten Nr. 10
aus roth-grau gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	10,25
Unterbett	10,25
2 Kissen	7,—
	Mk. 27,50
	zweischläfig Mk. 31,—

Einschläfige Betten Nr. 10b
aus roth-bunt gestreift. Atlas mit 16 Pfund Federn.

Oberbett	13,50
Unterbett	13,50
2 Kissen	9,—
	Mk. 36,—
	zweischläfig Mk. 40,50

Einschläfige Betten Nr. 11
aus rothem oder roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.

Oberbett	17,50
Unterbett	17,50
2 Kissen	10,—
	Mk. 45,—
	zweischläfig Mk. 50,50

Einschläfige Betten Nr. 12
Oberbett aus rothem Daunenköper, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.

Oberbett	22,—
Unterbett	20,50
2 Kissen	12,—
	Mk. 54,50
	zweischläfig Mk. 61,—

Landesbibliothek Oldenburg

452

Anfertigung nach Maass

Grösstes Lager in:

Herren- und Knaben-Anzügen sowie Herren- und Knaben-Winter-Ueberziehern, Havelocks, Kaisermänteln, Hohenzollernmänteln, Schuwaloffs, einz. Hosen, Westen u. Jackets. Allergrößte Auswahl in Herren- u. Knaben-Hüten u. Winter-Mützen

empfiehlt

Aug. Holthaus, Neuestrasse 16.

in kürzester Zeit.

Bekanntmachung.

Der Heberollen-Auszug der Hannverschen **Baugewerks-Berufsgenossenschaft** pro 2. Quartal 1893 liegt von heute an auf 14 Tage bei dem Gemeinderechnungsführer H. P. Harms hier aus.

Heppens, den 25. Oktober 1893.

Der Gemeindevorsteher.
Athen.

Banter Konsumverein
(e. G. m. b. H.)

Diejenigen Mitglieder, welche anstatt der bestellten weißen **keine rothen** Kartoffeln haben wollen, werden ersucht, sich **Donnerstag** und **Freitag Abend** von 7½ bis 9½ Uhr beim **Kassirer,** wohnhaft Banterstraße 3, zu melden.

Wer bis zum letztgenannten Zeitpunkt die Abbestellung nicht bewirkt hat, dem werden in den nächsten Tagen rothe Kartoffeln gebracht werden.

Der Vorstand.

Waarenhaus B. H. Bührmann.

Meine
Spezial-Abtheilung
für
Regenmäntel
Wintermäntel
Winter-Jackets
Radmäntel
bietet die
größte Auswahl
zu **außergewöhnlich billigen Preisen.**

Große schwarze Damen-Pelz-Muffe

sauber abgearbeitet
Mark **1,10.**
B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Hotel zur „Krone" in Bant.

Donnerstag den 26. Oktober 1893:

Sémada-Ensemble.

Leipziger Quartett- und Konzert-Sänger vom Crystall-Palast zu Leipzig.

Herren:

Albert Sémada, Salon- und Charakter-Typist,
Herm. Wilhelmi, Damendarsteller.
Felix Wagner, Tenorist.
Felix Lipärth, Musik-Humorist.
Eugen Chlebus, Ballet-Parodist.
Theodor Körner, Accompagnateur.

Anfang 8½ Uhr. **Entree 50 Pfg.**

Es wird bemerkt, daß die Sänger auf ihren Touren **nur in Bant** auftreten. Um zahlreichen Besuch bittend, zeichnet hochachtend

Die Direktion.

Spezialhaus für Damen-Mäntel!

Spezialhaus für Kleiderstoffe!

Herm. Meinen,

Wilhelmshaven, Roonstraße 93.

Massen-Auswahl

in neuen
Regen- und Winter-Mänteln, Jackets, Umhängen und Radmänteln.

Selbst die **billigsten Preislagen** zeichnen sich durch vorzüglichen **Sitz, solide Stoffe** und geschmackvolle **Ausführung** aus.

Täglich frische
Berliner Salzkuchen

6 Stück 10 Pf. — empfiehlt
A. Landsberger, Grenzstr. 21.

Junges frisch. Roßfleisch

sowie stets frische **Wurst** empfiehlt
H. Frels, Bant,
Oldenburgerstraße 1.

Zu vermiethen

eine vierräumige **Unterwohnung** mit abgeschlossenem Korridor zum 1. November oder später.

H. Harms, Tonndeich, Friedericenstr. 4.

Zu vermiethen

eine möblirte **Stube** an 1 oder 2 junge Leute. Neue Wilhelmshavenerstr. 5, p. l.

Suche Beschäftigung

im **Waschen** und **Reinmachen;** auch empfehle ich mich zum **Kochen.**
Zu erfragen Werftstraße 14, 1 Tr.

Neue Welt-Kalender 1894

empfiehlt
C. Buddenberg,
Volks-Buch- und Bilder-Handlung, Marktstraße 27.

Zu verkaufen:

Fritz Reuter's Werke (wie neu). Ferner: ein großer **Reisekorb** (wenig gebraucht), sowie ein **Schrank** und verschiedenes **Werkzeug,** als: Schraubstock, Feile, Drillbohrer, Hobel usw.
Tonndeichstraße 13, 1 Treppe.

Verband deutscher Zimmerleute.

Lokalverband Wilhelmshaven.

Freitag den 27. Okt. 1893
Abends 8 Uhr

Versammlung

im Lokale des Herrn **Eilers,** Heppens.

Tages-Ordnung:
1. Hebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom Stiftungsfest.
3. Lohnfrage.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2, Hamburg).

Versammlung

Sonntag den 29. Oktober
Nachmittags 2 Uhr
im Lokale des Herrn **Sadewasser.**

Tagesordnung:
1. Hebung der Beiträge.
2. Abrechnung vom 3. Quartal.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Der
Verein f. vereinfachte Stenographie

(System Schrey-Johnen-Socin)
beabsichtigt in nächster Zeit einen

Unterrichts-Kursus

für vereinfachte Stenographie
zu eröffnen.

Listen, aus welchen Näheres zu ersehen, liegen zum Einzeichnen aus bei Herrn Gastwirth Janssen, Grenzstraße, sowie in der Buchhandlung des Herrn G. Buddenberg, Marktstraße 27, und wollen sich Theilnehmer innerhalb 14 Tagen daselbst melden.

Miethe-Quittungsbücher

das Stück zu **10 Pf.** sind zu haben in der **Exp. des Nordd. Volksblattes.**

Todes-Anzeige.

Es hat dem lieben Gott gefallen, meine liebe Frau und unsere treusorgende geliebte Mutter

Gesche Folpfs Schmidt
geb. Freimuth

im 51. Lebensjahre, an ihrem Geburtstage, nach schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden in die Ewigkeit abzurufen. Dieser harte Schlag trifft uns schmerzlich, umsomehr als uns erst am 30. Juli unsere liebe Diederike im blühenden Alter von 17 Jahren und am 29. September unsere liebe Gerhardine im hoffnungsvollen Alter von bald 15 Jahren durch den Tod entrissen wurde.

Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Angehörigen:
J. F. Schmidt
nebst Kindern und Kindeskindern.

Sedan, 24. Oktober 1892.

Die Beerdigung findet Sonnabend, Nachmittags 2½ Uhr, vom Sterbehause, Schützenstr. 14, aus statt.

Verantwortlich für die Redaktion C. Duden; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.

Landesbibliothek Oldenburg